

Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2025

Analyse der familienpolitischen Forderungen in den Wahlprogrammen der Parteien



Deutscher
Familienverband

Eine gute, nachhaltige und verlässliche Familienpolitik ist für uns die zentrale Herausforderung der Gegenwart und die wichtigste Weichenstellung in die Zukunft. Denn allein unsere Kinder sind die Zukunft des Gemeinwesens. Familien sorgen durch die Erziehung der nächsten Generation für Innovation in Wirtschaft, Politik und Kultur. Sie schaffen damit die Grundvoraussetzung für die Fortexistenz von Staat und Gesellschaft, für ihre Stabilität und Erneuerung zugleich. Familien gehören deshalb in den Mittelpunkt der Politik. Der DFV fordert klare Aussagen der Parteien zur künftigen Familienpolitik und ein Bekenntnis zur Bedeutung der Familie als generationenübergreifende und lebenslange Verantwortungsgemeinschaft.

Dr. Klaus Zeh

Präsident des Deutschen Familienverbandes
Minister a.D.

Inhaltsverzeichnis

Präambel – Wahlprüfsteine 2025 (Seite 2)

Analyse der Wahlprogramme

1. Kinderfreibetrag, Kindergeld, Ehegattensplitting (Seite 3)
2. Beitragsentlastung und familiengerechte Reform der Sozialversicherung (Seite 11)
3. Bezahlbares und familiengerechtes Wohnen und bezahlbare Energie (Seite 19)
4. Zukunftsfeste Bildung (Seite 27)
5. Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Seite 35)
6. Grundsätzliche familienpolitische Anmerkungen zu den Wahlprogrammen (Seite 43)

Legende zur Bewertung

✓ = Sehr gut ✗ = Sehr schlecht

– = familienpolitisch verbesserungswürdig

Präambel – Wahlprüfsteine 2025

Die Stärke einer Demokratie zeigt sich nicht allein in ihren Institutionen, sondern vor allem im Engagement und der Urteilskraft ihrer Wähler.

Die Wahlprogramme der Parteien offenbaren im Detail mehr als nur unterschiedliche Ansätze zur Familienförderung. Sie zeigen fundamentale Haltungen zur Frage, wie wir als Gesellschaft zusammenleben wollen.

Dabei gilt es, genau hinzusehen und kritisch zu prüfen, welche Konzepte tatsächlich dem Wohl aller Familien dienen und welche möglicherweise darauf abzielen, verschiedene Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen. Die Geschichte unseres Landes hat uns schmerzhaft durch den Nationalsozialismus und Sozialismus gelehrt, dass demokratische Errungenschaften keine Selbstverständlichkeit sind. Sie müssen von jeder Generation aufs Neue verteidigt und mit Leben gefüllt werden.

Dies bedeutet auch, wachsam zu sein gegenüber politischen Kräften, die mit vereinfachenden Erklärungen für komplexe gesellschaftliche Herausforderungen werben, sich Diktaturen anbieten oder die Würde einzelner Gruppen in Frage stellen.

Eine zukunftsfähige Familienpolitik muss die Vielfalt unserer Gesellschaft als Stärke begreifen. Sie muss Integration fördern, statt Ausgrenzung zu betreiben, und allen Kindern in Deutschland faire Chancen ermöglichen, unabhängig von ihrer Herkunft oder den Lebensumständen ihrer Eltern. Gleichzeitig hat der Staat sicherzustellen, dass er selbst das Vertrauen seiner Bürger nicht verspielt. Er ist schließlich der Garant für Recht und Ordnung.

Unsere Stimme bei der Wahl ist ein Bekenntnis zu den Werten unserer demokratischen Gesellschaft. Sie ist Ausdruck unserer Verantwortung für eine Zukunft, in der alle Familien ihre individuellen Lebensentwürfe verwirklichen können, ohne Angst vor Diskriminierung oder Ausgrenzung durch eine Partei oder eine Ideologie, die darauf abzielt zu wissen, was das Beste für Familien in unserem Land ist.

Als mündige Bürger sind wir aufgerufen, dies bei unseren politischen Entscheidungen zu berücksichtigen. Nur so können wir sicherstellen, dass unsere Demokratie auch für künftige Generationen ein Garant für Freiheit, Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt bleibt.

Analyse der Wahlprogramme

1. Kinderfreibetrag, Kindergeld, Ehegattensplitting

- ❖ Familienpolitik ist mehr als Sozialpolitik. Sie muss gestaltende Gesellschaftspolitik sein und muss Familien genug von ihrem selbst erwirtschafteten belassen, damit sie gut für ihre Kinder sorgen können. Steuergerechtigkeit und Entlastungen für Familien haben für den DFV deshalb besondere Bedeutung.
- ❖ Kinder kosten nicht weniger als Erwachsene. Damit das Existenzminimum aller Kinder von der Steuer freigestellt ist, muss der Gesamtkinderfreibetrag (also der Kinderfreibetrag für das sächliche Existenzminimum und der BEA-Freibetrag für Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf) auf die Höhe des Grundfreibetrags für Erwachsene angehoben werden.
- ❖ Das Kindergeld, das mit dem Kinderfreibetrag verrechnet wird, muss entsprechend mitziehen. Damit dem Staat jedes Kind gleich viel wert ist, fordert der DFV ein Kindergeld in Höhe der maximalen steuerlichen Wirkung des Kinderfreibetrags beim Spitzensteuersatz. Das sind schon jetzt gut 360 Euro pro Kind und Monat. Der DFV fordert außerdem, das Kindergeld für Kinder in Ausbildung oder Studium wieder bis zum vollendeten 27. Lebensjahr zu gewähren. Solange es nicht für alle Kinder ein gutes Kindergeld gibt, dürfen Kindergelderhöhungen nicht auf Sozialleistungen für einkommensschwache Familien angerechnet werden.
- ❖ Das Ehegattensplitting muss als sachgerechte und verfassungskonforme Besteuerung der Ehe als Erwerbs-, Wirtschafts- und Verbrauchsgemeinschaft unangetastet erhalten bleiben. Wer das Ehegattensplitting abschaffen will, verstößt gegen die Verfassung und belastet Familien mit Steuererhöhungen in Milliardenhöhe. Das macht gerade kinderreiche Familien noch ärmer als sie ohnehin schon sind.
- ❖ Auch Verbrauchsteuern belasten vor allem einkommensschwache und große Familienhaushalte. Der DFV fordert sofort den ermäßigten Steuersatz von 7 % auf Kinderprodukte und langfristig die Rückerstattung von Verbrauchsteuern, die auf den Unterhalt für Kinder entfallen.
- ❖ Damit Familien nicht im Bürokratie-Dschungel untergehen, fordert der DFV die Digitalisierung, Automatisierung und Vereinfachung von Antragsverfahren für Familienleistungen.

CDU/CSU:

Kindergeld und Kinderfreibetrag:

Der Kinderfreibetrag soll perspektivisch in Richtung des Grundfreibetrags der Eltern erhöht werden. Das Kindergeld soll entsprechend angepasst werden, eine Größe dafür nennt die Union nicht. Außerdem soll die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten verbessert werden. Für Alleinerziehende soll der steuerliche Entlastungsbetrag erhöht werden. Das Kindergeld soll nach der Geburt automatisch ausgezahlt werden, außerdem will die Union ein digitales Portal für alle Familienleistungen einführen.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Es ist eine richtige Entscheidung, den Kinderfreibetrag auf die Höhe des Erwachsenenfreibetrages zu erhöhen. Das wäre eine signifikante Verbesserung für Familien. Eine Erhöhung des Kindergeldes ist dringend notwendig. Die automatische Auszahlung wäre eine große bürokratische Entlastung von Familien.

Ehegattensplitting:

Die Union hält am Ehegattensplitting fest. Gleichzeitig will sie Kinder künftig stärker berücksichtigen. Damit ist wohl die perspektivische Erhöhung des Kinderfreibetrags gemeint. Details werden aber nicht genannt.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Ein klares „Daumen nach oben“ für die Beibehaltung des Splittings als verfassungskonforme Besteuerung einer sich gegenseitig verpflichtenden Ehegemeinschaft.

Mehrwertsteuer:

Die Union will sich auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass in angespannter Lage die Energie- und Umsatzsteuer für Güter des täglichen Bedarfs schnell reduziert werden dürfen. Eine Kinderkomponente in der Mehrwertsteuer wird nicht genannt.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Das hört sich nach langen und mühseligen Verhandlungen als nach einer konkreten Umsetzungsidee an. Einfacher wäre es, die CO2-Bepreisung auszusetzen, damit Energiekosten nicht jedes Jahr automatisch steigen.

SPD:

Kindergeld und Kinderfreibetrag:

Der Kinderfreibetrag wird nicht erwähnt. Auch eine Erhöhung des Kindergeldes sieht die SPD nicht vor. Sie verweist auf die letzte Erhöhung, durch die man bereits eine bessere Unterstützung von Familien erreicht habe – die Erhöhung 2021 enthielt allerdings für kinderreiche Familien ab dem vierten Kind nicht einmal einen Inflationsausgleich. Für Alleinerziehende soll der steuerliche Entlastungsbetrag in einen Abzug von der Steuerschuld umgewandelt werden. Betreuungskosten sollen besser bei der Steuer absetzbar sein. Die Kindergrundsicherung wird zwar noch erwähnt, steht aber jetzt für ein Maßnahmenpaket aus Leistungen für einkommensarme Familien, den Ausbau von Bildungs- und Betreuungsangeboten, ein Startchancenprogramm für Schulen und Kitas und Ganztagsangeboten für Schulkinder. Immerhin: Leistungen wie das Kindergeld sollen automatisch gewährt werden.



Dazu sagt der DFV:

Für Familien bedeutet das: Keine Erhöhung des Kindergeldes, obwohl das dringend geboten wäre (Stichwort: Inflation). Nach einer Nullrunde in 2024 und einer Mini-Erhöhung 2025 schauen Familien bei der SPD sprichwörtlich in die Röhre. Sozial ist das nicht..

Ehegattensplitting:

Die Abschaffung des Ehegattensplittings findet sich zwar nicht wörtlich im Programm – wohl aber eine Formulierung, die zu denken gibt: „Wir wollen die **Besteuerung von Familien unter Berücksichtigung bereits getroffener Lebensentscheidungen reformieren**, für Paarfamilien eine gerechtere Verteilung der Steuerlast erreichen und Partnerschaftlichkeit fördern“ (Fettdruck im Programm). Die SPD fordert außerdem Neuregelungen in der Lohnsteuer für Ehepaare. Die Auswirkungen einer Lohnsteuerreform und weitere Reformschritte sollen „zu gegebener Zeit geprüft werden“.



Dazu sagt der DFV:

Eine Reform bedeutet bei der SPD Abschaffung des Ehegattensplittings. Das wird von den Sozialdemokraten schon lange gefordert. Das Resultat für Familien: Steuererhöhungen im Milliardenbereich. Der DFV warnt dringend davor, das Splitting abzuschaffen.

Mehrwertsteuer:

Die Mehrwertsteuer für Lebensmittel soll von sieben auf fünf Prozent sinken. Eine weitere Mehrwertsteuerentlastung für Kinderprodukte ist nicht vorgesehen.



Dazu sagt der DFV:

Ob eine Reduzierung der Besteuerung um zwei Prozentpunkte – bei gleichzeitig grundsätzlich steigenden Preisen – wirklich eine Entlastung für Familien bringt, ist mehr als fraglich.

Bündnis 90/Grüne:

Kindergeld und Kinderfreibetrag:

Die Grünen sprechen im Programmentwurf nicht mehr vom neuen Kindergarantiebetrug, sondern betonen jetzt die Bedeutung von Kindergeld und Kinderfreibetrag. Eine baldige Erhöhung stellen sie aber nicht in Aussicht. Perspektivisch wollen die Grünen die Erhöhung des Kindergeldes an die regelmäßige Erhöhung des Kinderfreibetrages koppeln und dafür sorgen, dass alle Kinder das gleiche Maß an finanzieller Unterstützung erhalten. Alleinerziehende sollen mit einer Steuergutschrift bzw. einem steuerlichen Freibetrag entlastet werden. Die Kindergrundsicherung wird noch erwähnt, ihr Ziel ist jetzt die Bündelung von Leistungen und die Automatisierung von Antragsverfahren. Außerdem soll das soziokulturelle Existenzminimum der Kinder neu berechnet werden.

📍 *Dazu sagt der DFV:*

Grundsätzlich geht die Forderung der Grünen in die richtige Richtung. Dass eine Erhöhung des Kindergeldes aber erst einmal nicht auf der Agenda steht, ist nicht nachzuvollziehen. Damit sollten sich Familien nicht zufrieden geben.

Ehegattensplitting:

Die Grünen wollen das Ehegattensplitting für neue Ehen abschaffen und eine individuelle Besteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag einführen. Für bestehende Ehen soll sich nichts ändern.

📍 *Dazu sagt der DFV:*

Höchstwahrscheinlich verfassungswidrig. Zudem bedeutet eine Umstellung auf eine individuelle Besteuerung nichts weniger als Steuererhöhungen für Familien! Klar abzulehnen.

Mehrwertsteuer:

Zu einer reduzierten Mehrwertsteuer auf Kinderprodukte macht der Programmentwurf keine Aussagen.

📍 *Dazu sagt der DFV:*

Zu wenig Augenmerk auf die Herausforderungen der Familien gelegt. Klares „Daumen nach unten“.

FDP:

Kindergeld und Kinderfreibetrag:

Freibeträge und Eckwerte der Einkommensteuer sollen automatisch an die allgemeine Preisentwicklung angepasst werden. Eine Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag wird aber nicht direkt angesprochen. Außerdem soll die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten verbessert werden. Familienleistungen sollen durch ein Kinderchancenportal digitalisiert und automatisiert werden.

📌 *Dazu sagt der DFV:*

Die Anbindung an die Preisentwicklung ist eine gute Idee, da die (minimale) Anhebung des Kindergeld häufiger mit der Inflation nicht Schritt hält. Insgesamt erwarten Familien hier aber Konkreteres. Forderung ist ausbaufähig.

Ehegattensplitting:

Enttäuschend: Ein Bekenntnis zum Ehegattensplitting findet sich bei der FDP nicht mehr. Die „ökonomische Selbstbestimmung“ von Frauen will die FDP durch bessere steuerliche Regelungen stärken, insbesondere durch die Abschaffung der Lohnsteuerklassen 3 und 5.

📌 *Dazu sagt der DFV:*

Die FDP enttäuscht hier auf ganzer Linie. Kein klares Bekenntnis mehr zum Ehegattensplitting, obwohl gerade das Splitting Steuergerechtigkeit für Ehepaare herstellt. Hat die FDP keine Steuerexperten mehr?

Mehrwertsteuer:

Für Familien ist mit der FDP keine Kinderkomponente in der Mehrwertsteuer zu erwarten.

📌 *Dazu sagt der DFV:*

Sehr schade. Familien aus dem Blick verloren.

LINKE:

Kindergeld und Kinderfreibetrag:

Die Linke will weiter für die Kindergrundsicherung kämpfen, die das Kindergeld, den Kinderzuschlag, die Unterkunftskosten und Einmalbedarfe bündeln soll. Dabei wird ein einkommensunabhängiges Kindergeld von 350 Euro versprochen, das nicht mehr auf das Bürgergeld angerechnet werden soll. Aussagen zur Steuergerechtigkeit und zum Kinderfreibetrag fehlen – für Erwachsene ist dagegen eine starke Erhöhung des steuerfrei gestellten Existenzminimums geplant. Alleinerziehende sollen eine Steuergutschrift erhalten, die mindestens der maximalen Wirkung des heutigen Entlastungsbetrags entspricht.



📍 *Dazu sagt der DFV:*

Ein Kindergeld von 350 Euro wäre eine deutliche Besserstellung im Vergleich zur jetzigen Situation. Hier punktet die Linke.

Ehegattensplitting:

Das Ehegattensplitting soll in Richtung einer Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag abgeschafft werden.



📍 *Dazu sagt der DFV:*

Die versprochenen familienpolitischen Wohltaten werden mit Steuererhöhungen für Millionen von Familien erkaufte. Nichts anderes ist eine Abschaffung des Ehegattensplittings. Ergo: Mogelpackung der Linken.

Mehrwertsteuer:

Die Linke will ermäßigte Steuersätze auf Produkte für Kinder. Die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, Hygieneprodukte und ÖPNV-Tickets soll abgeschafft werden.



📍 *Dazu sagt der DFV:*

Familien voll im Blick. Sehr gut.

BSW:

Kindergeld und Kinderfreibetrag:

Unter dem Motto „Dem Staat muss jedes Kind gleich viel wert sein“ fordert das BSW, der steuerliche Freibetrag des Chefarztes für seine Kinder solle genauso hoch sein wie das Kindergeld, das eine Krankenschwester für ihre Kinder erhält.

📌 *Dazu sagt der DFV:*

Unzureichend. Hier ist wohl der „Klassenkampf“ mit dem BSW durchgegangen und verstellt den Blick auf die steuerlichen Zusammenhänge. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Damit dem Staat jedes Kind gleich viel wert ist, muss das Kindergeld für die Krankenschwester genauso hoch sein wie die steuerliche Wirkung des Kinderfreibetrags bei hohen Einkommen.

Ehegattensplitting:

Offen: Das Programm des BSW äußert sich an keiner Stelle zum Ehegattensplitting.

📌 *Dazu sagt der DFV:*

Die Familien in Deutschland hätten sich ein klares Bekenntnis für das Ehegattensplitting gewünscht.

Mehrwertsteuer:

Die Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel soll auf 0 Prozent abgesenkt werden. Das kann Lebensmittel für Familien vergünstigen, wenn es gut läuft – aber für viele weitere Kinderprodukte bleibt es beim vollen Satz.

📌 *Dazu sagt der DFV:*

Ob das Familien wirklich weiterhilft? Jedenfalls besser als die anvisierte 2 Prozentpunkte-Senkung der SPD.

AfD:

Kindergeld und Kinderfreibetrag:

Mit einem steuerlichen Familiensplitting und einer Anhebung des Kinderfreibetrages sollen insbesondere Familien mit mittlerem Einkommen entlastet werden. Dabei soll die Summe der Einkünfte aller Familienmitglieder durch die Zahl der Familienmitglieder geteilt werden. Junge Paare sollen für die Erstanschaffungen bei Familiengründung unter bestimmten Voraussetzungen einen Ehe-Start-Kredit erhalten. Mit jedem Kind wird ein Teil des Kredits erlassen.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Ein Familientarifsplitting bietet Potential für Verbesserungen. Plus im Wahlprogramm: Anhebung des Kinderfreibetrages. Ehe-Start-Kredit: Innovativ.

Ehegattensplitting:

Die AfD benennt die verfassungsrechtliche Bedeutung des Ehegattensplittings. Damit Familien mit Kindern nicht schlechter gestellt werden als Kinderlose, fordert sie in Anlehnung an den Wortlaut des Grundgesetzes eine Ausweitung des Ehegattensplittings auf ein Familiensplitting.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Sehr gut! Ein gut durchdachtes Familiensplitting – basierend auf dem Ehegattensplitting – bringt Familien ein Plus im Portemonnaie.

Mehrwertsteuerentlastung:

Die Mehrwertsteuer für Artikel des Kinderbedarfs soll auf 7 Prozent reduziert werden.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Eine wichtige Forderung zur Entlastung von Familien.

2. Beitragsentlastung und familiengerechte Reform der Sozialversicherung

- ❖ Familien zahlen hohe Sozialbeiträge auf das Existenzminimum ihrer Kinder – allein diese „Strafabgaben“ fressen jeden Monat das Kindergeld auf. Die Erziehung von Kindern ist bestandssichernd für die umlagefinanzierten Sozialversicherungen. Deshalb muss die Erziehungsleistung bei der Beitragserhebung berücksichtigt werden. Dafür fordert der DFV einen Kinderfreibetrag in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung nach dem Vorbild des steuerlichen Kinderfreibetrags.
- ❖ Eltern sichern mit ihrer Erziehungsleistung die Zukunft der Rente und werden dafür selber im Alter arm. Die Erziehung von Kindern bedeutet mindestens 18 Jahre Zuwendung, Unterhaltspflicht und Arbeit. Deshalb müssen die rentenrechtlichen Kindererziehungszeiten so erhöht werden, dass die Erziehung von drei Kinder über mindestens 18 Jahre einem vollen Rentenanspruch zu Durchschnittsverdiensten entspricht.
- ❖ Familien sorgen nicht nur für die Erziehung der künftigen Beitragszahler. Die häusliche Pflege durch Angehörige sichert das Überleben der Pflegeversicherung und ist der Pflegeversicherung trotzdem nur einen Teil dessen wert, was an Pflegesachleistungen gezahlt wird. Der DFV fordert die Erhöhung des Pflegegeldes auf den Satz für ambulante Sachleistungen und eine bessere sozialrechtliche Absicherung für pflegende Angehörige.

CDU/CSU:

Beitragsgerechtigkeit:

Beitragsentlastungen für Kindererziehung gibt es nicht im Programm. Bei der Pflegeversicherung könnten sogar noch höhere Belastungen auf Familien zukommen. Denn die Union setzt bei der Vorsorge für den Pflegefall auf einen Finanzierungsmix aus gesetzlicher Pflegeversicherung, betrieblicher Mitfinanzierung, Steuermitteln und einer privaten Vorsorge.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Eindeutiges Ergebnis: Unzureichend. Anstatt mit Entlastungen müssen Familien mit Belastungen rechnen. Die CDU findet keine Antwort auf die steigenden Kosten in der Sozialversicherung.

Elternrente:

Von einem Rentenplus für Eltern ist im gemeinsamen Unions-Programm nicht die Rede. Die Union will eine „Frühstart-Rente“ für Kinder, bei der der Staat für alle 6- bis 18-jährigen mit 10 Euro pro Monat die individuelle und kapitalgedeckte private Altersvorsorge fördert und die mit Erreichen des Rentenalters ausgezahlt wird. Etwas mehr Hoffnung macht die CSU den Familien in ihrer ergänzenden Bayern-Agenda: Sie will, dass Eltern auch für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, drei statt wie bisher maximal zweieinhalb Jahre „Mütterrente“ angerechnet werden.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Elternrente: Es handelt sich dabei nicht um ein Rentenplus für Eltern, sondern um eine Art gebundene Kindergelderhöhung, mit der die Kapitaldeckung in der Rente gestärkt werden soll. Honorierung der Kindererziehung? Fehlanzeige.

Pflege in der Familie:

Um Angehörige zu unterstützen, will die Union die häusliche Pflegesituation in den Mittelpunkt stellen und die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf stärken. Details werden nicht genannt. Ein höheres Pflegegeld wird nicht genannt.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Auf vage Aussagen wollen sich Familien nicht verlassen. Deshalb „Daumen nach unten“.

SPD:

Beitragsgerechtigkeit:

Die SPD sieht keine kindbezogenen Beitragsentlastungen für Familien vor. Stattdessen ist aufgrund hoher Rentenzusagen im Programm eher mit steigenden Rentenbeiträgen zu rechnen.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Anstatt einer Beitragsgerechtigkeit in der Sozialversicherung wird es mit der SPD Beitragserhöhungen für Familien geben. Diejenigen, die den Generationenvertrag einhalten, werden damit abgestraft.

Elternrente:

Das SPD-Wahlprogramm verspricht vage, die Anerkennung von Erziehungs- und Pflegezeiten in der Rente zu stärken. Ob dabei für Eltern in Richtung von längeren rentenrechtlichen Erziehungszeiten gedacht wird, war auf Nachfrage bei der SPD nicht zu erfahren.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Auf vage Aussagen sollten Familien keinen Wert legen.

Häusliche Pflege in der Familie:

Mit einem Familienpflegegeld soll ähnlich wie beim Elterngeld die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ohne finanzielle Einbußen möglich werden. Laut einer SPD-Argumentationshilfe soll das Familienpflegegeld als Lohnersatz 15 Monate lang gezahlt werden. Eine Erhöhung des Pflegegeldes ist nicht geplant.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Ausbaufähig. Geht aber in eine gute Richtung. Leider zu wenig Details im Wahlprogramm. Auf eine Argumentationshilfe wollen wir uns nicht verlassen. Ein Fragezeichen gibt es für die finanzielle Honorierung von häuslicher Pflege durch nicht Erwerbstätige oder wenn die häusliche Pflege länger dauert.

Bündnis 90/Grüne:

Beitragsgerechtigkeit:

Die Grünen stellen Familien im Wahlprogramm-Entwurf keine kindbezogenen Beitragsentlastungen in Ausblick. In der Rentenversicherung fordern sie eine ergänzende Kapitaldeckung in Form eines „Bürgerfonds“ – je nach Ausgestaltung könnten da weitere Belastungen auf Familien zukommen.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Unzureichend und undurchsichtig. Für Familien wahrscheinlich: Beitragserhöhungen in der Sozialversicherung. Wird der Bürgerfonds über Steuermittel finanziert, zahlen Familien mit.

Elternrente:

Verbesserungen der rentenrechtlichen Kindererziehungszeiten sind im Programmentwurf nicht vorgesehen. Zur auskömmlichen Elternrente im Alter verweisen die Grünen auf verstärkte Erwerbstätigkeit.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Mütter und Väter werden mit diesem Konzept in der Rente klar abgestraft. Profiteure sind hier ganz deutlich: Kinderlose mit durchgängiger Erwerbsbiografie.

Pflege in der Familie:

Wer seine Arbeitszeit für die Pflege reduziert, soll laut Entwurf einen zeitlich begrenzten Ausgleich des entgangenen Einkommens bekommen.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Auf vage Aussagen sollten Familien keinen Wert legen.

FDP:

Beitragsgerechtigkeit:

Kinderfreibeträge in der Sozialversicherung finden sich im FDP-Wahlprogramm nicht. Stattdessen setzt die FDP auf eine kapitalgedeckte Aktienrente, mit der wie in Schweden ein „kleiner Teil“ der Rentenbeiträge in einem Fonds angelegt wird, um das Rentensystem besser gegen den demografischen Wandel zu schützen.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Unabhängig davon, dass das System in Schweden derzeit nicht so gut läuft, würden auch Familien mit ihren Beiträgen für die demografische Entwicklung zu Kasse gebeten, für die sie selber am allerwenigsten können. Die Idee ist deshalb stark ausbaufähig.

Elternrente:

Von einem Plus bei den rentenrechtlichen Kindererziehungszeiten ist nicht die Rede. Zur Bekämpfung von Altersarmut bei Frauen will die FDP, dass Paare bei „Erwerbsunterbrechung aufgrund von Carearbeit“ standardisiert die Möglichkeit des Rentenpunkte-Splittings zwischen den Ehepartnern wahrnehmen.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Anstatt Honorierung der Kindererziehungsarbeit will die FDP Umverteilungen innerhalb der Familie. Note: Mangelhaft.

Pflege in der Familie:

Ein höheres Pflegegeld wird nicht erwähnt. Für eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Pflege von Angehörigen setzt sich die FDP dafür ein, dass die Kurz- und Tagespflege für Pflegebedürftige ausgebaut wird.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Einfach nur unzureichend. Häusliche Pflege wird ignoriert.

Linke:

Beitragsgerechtigkeit:

Eine kindbezogene Beitragsentlastung wird nicht erwähnt.



📍 *Dazu sagt der DFV:*

Familien zahlen in der gesetzlichen Sozialversicherung weiterhin doppelt ein: Mit Geldbeiträgen und der beitragsäquivalenten Kindererziehung.

Elternrente:

Die Linke will die niedrigen Rentenansprüche von Pflegenden aufwerten. Von einer klaren Ausweitung der rentenrechtlichen Erziehungszeiten ist nicht die Rede. Im Gegenteil: „Versicherungsfremde Leistungen wie z.B. die Anerkennung von Kindererziehungszeiten (bekannt als ‚Mütterrente‘)“ sollen aus Steuerzuschüssen finanziert werden, heißt es im Programm.



📍 *Dazu sagt der DFV:*

Damit bezahlen Mütter, Väter und deren Kinder zum größten Teil ihre Kindererziehungszeit selbst. Insgesamt enttäuschend.

Pflege in der Familie:

Bei der Pflege wollen die Linken für alle Beschäftigten sechs Wochen Freistellung bei vollem arbeitgeberfinanzierten Lohnausgleich beim ersten Auftreten eines familiären Pflegefalls.



📍 *Dazu sagt der DFV:*

Das scheint eher für die Organisation von Pflege als für eine längere häusliche Pflege gedacht. Eher vage heißt es außerdem, dass alle pflegenden Angehörigen Geldleistungen und Rentenpunkte erhalten sollen.

BSW:

Beitragsgerechtigkeit:

Das BSW will einen Grundfreibetrag auf Sozialabgaben bei gleichbleibenden Ansprüchen, gegenfinanziert durch eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen – von einem Kinderfreibetrag ist dagegen nicht die Rede.

📍 *Dazu sagt der DFV:*

Die Beitragsbemessungsgrenze ist eine Luxus-Freigrenze nach oben. Das gehört seit langer Zeit reformiert. Auf das Existenzminimum der Kinder müssen Eltern bei diesem Vorschlag aber weiterhin Beiträge zahlen. Der BSW-Vorschlag geht in die richtige Richtung, aber leider wurde die Chance für Beitragsentlastungen für die gesamte Familie nicht genutzt.

Elternrente:

Eine gezielte Verbesserung der Renten für Erziehungsleistung wird nicht erwähnt.

📍 *Dazu sagt der DFV:*

Enttäuschend für Familien.

Pflege in der Familie:

Das BSW will das Pflegegeld bei Pflege durch Angehörige deutlich erhöhen. Das Pflegegeld soll sich an der Entlohnung orientieren, die professionelle Pfleger bekommen.

📍 *Dazu sagt der DFV:*

Eine sehr gute Idee. Klare Befürwortung durch den DFV.



AfD:

Beitragsgerechtigkeit:

Die AfD fordert eine steuerfinanzierte „Willkommensprämie“, mit der bei der Geburt jedes Kindes eine Rückzahlung von 20.000 Euro an Rentenbeiträgen oder eine entsprechende Freistellung von künftigen Zahlungen erfolgen. Die spätere Leistung soll dabei nicht gekürzt werden.

📌 *Dazu sagt der DFV:*

Das ist eine interessante Idee, die im Vergleich zu einem Kinderfreibetrag für die Sozialbeiträge allerdings Gefahr läuft, dass der ökonomische Zusammenhang zwischen Beitragsentlastung und Unterhaltungspflicht verloren geht – auch das Wort „Prämie“ deutet eher auf eine Belohnung als auf die Berücksichtigung von Kinderkosten gemäß des Prinzips der Leistungsfähigkeit hin. Zudem bleiben die Beiträge in der Pflegeversicherung und vor allem der Krankenversicherung außen vor. Für die Rente geht es in die richtige Richtung, auch wenn noch sehr viel Luft nach oben gibt.

Elternrente:

Die AfD will die Elternschaft bei Renten höher vergüten. Details werden jedoch nicht genannt. Mit Blick auf die Rentenansprüche der Kinder fordert die AfD ein „Junior-Spardepot“: Für jedes neugeborene Kind mit deutscher Staatsangehörigkeit und dauerhaftem Aufenthalt in Deutschland sollen aus Steuermitteln monatlich 100 Euro in einen Altersvorsorge-Sparplan eingezahlt werden.

📌 *Dazu sagt der DFV:*

Der Ansatz ist positiv zu bewerten. Hier wird die bereits zu Adenauers Zeiten diskutierte „Kinder- und Jugendrente“ von Wilfrid Schreiber ins Spiel gebracht. Am Ende kommt es aber auf die Details an.

Pflege in der Familie:

Die häusliche Pflege durch Angehörige soll finanziell besser honoriert werden, konkrete Aussagen zu einem höheren Pflegegeld fehlen aber.

📌 *Dazu sagt der DFV:*

Zu vage.



3. Bezahlbares und familiengerechtes Wohnen und bezahlbare Energie

- ❖ Mieten und Mietnebenkosten („2. Miete“) sind in den vergangenen Jahren so explodiert, dass es kaum noch möglich ist, bezahlbare und familiengerechte Wohnungen zu finden. Auch die Preise für Wohneigentum sind in die Höhe geschossen. Die hohen Wohn- und Energiekosten überfordern inzwischen auch Familien mit mittlerem Einkommen. Die Wohnungsnot von Familien hat tragische Konsequenzen, denn die Wohnsituation entscheidet darüber mit, wie Kinder sich entwickeln können. Der DFV fordert deshalb von den Parteien, das Familienwohnen ins Zentrum ihrer Wohnungspolitik zu stellen.
- ❖ Wohneigentum schützt vor Mietwucher und hilft Familien bei der Altersvorsorge. Deshalb fordert der DFV die Wiederaufnahme und Entfristung des Baukindergeldes und die Entlastung der Familien bei der massiv gestiegenen Grunderwerbsteuer durch die Wiedereinführung von Familien-Freibeträgen und eine Senkung der Steuersätze.
- ❖ Damit Familien wieder bezahlbare Mietwohnungen finden, fordert der DFV ein wohnungspolitisches Maßnahmenpaket, das belegungsgebundene und familiengerechte Wohnungen in ausreichender Zahl zur Verfügung stellt. Dazu gehört auch eine bessere Förderung für Wohnungsbaugenossenschaften und eine neugestaltete familienorientierte Wohngemeinnützigkeit. In den Fokus gehören dabei auch die Familien, die zu viel für einen Wohnberechtigungsschein verdienen, aber viel zu wenig für eine Wohnung am freien Markt.
- ❖ Städtebauentwicklung und Bauleitplanung brauchen endlich wieder Familiensinn. Damit das nicht vom Zufall vor Ort abhängt, fordert der DFV eine verbindliche Quote von mindestens 20 Prozent für Familienwohnungen im Baugesetzbuch.
- ❖ Klimaschutz und Zukunftsvorsorge gehören zur DNA der Familie. Aber Familien müssen sich klimagerechte Energie auch leisten können. Zwei Bundesregierungen haben den Bürgern ein Klimageld versprochen, über das die Kosten der CO₂-Bepreisung zurückerstattet werden. Der DFV fordert, das Klimageld unmittelbar nach den Wahlen und mit einer Familienkomponente (z.B. kinderzahlabhängig) einzuführen. Bis das Klimageld fließt, muss die CO₂-Bepreisung, die durch die massiven Energiepreissteigerungen ihre Lenkungswirkung verloren hat, ausgesetzt werden.
- ❖ Beim Strompreis ist Deutschland Spitzenreiter in Europa. Das macht Familien arm und bremst die Klimawende aus – und getrieben wird der Preis vor allem durch staatliche Steuern und Abgaben. Der DFV fordert, die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß abzusenken und die Mehrwertsteuer auf den Stromeinkauf für Privatkunden von 19 auf 7 Prozent zu reduzieren. Damit es fürs Klima weitergeht, müssen alle Energiesteuereinnahmen wieder in erneuerbare Energien investiert werden.

CDU/CSU:

Familienorientierte Wohneigentumsförderung:

Die Union will Wohneigentum durch höhere Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer fördern. Länder sollen einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von 250.000 Euro pro Erwachsenen und 150.000 Euro für jedes Kind beim erstmaligen Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums gewähren können. Eine breitenwirksame Zuschussförderung für Familien wie das Baukindergeld ist allerdings nicht geplant.



📍 *Dazu sagt der DFV:*

Sehr positiv. Die CDU punktet bei der Eigenheimförderung auf ganzer Linie.

Bezahlbare und familiengerechte Mietwohnungen:

Für bezahlbare Wohnungen setzt die Union auf Neubau, Verdichtung und Aufstockung von Wohn- und Geschäftsgebäuden. Der soziale Wohnungsbau soll gefördert und das Wohngeld regelmäßig angepasst werden. Die Wohnungsbauförderung soll auf den Geschosswohnungsbau in angespannten Mietmärkten konzentriert werden. Außerdem will die Union einen „wirksamen und angemessenen Mieterschutz mit Regeln zur Miethöhe“.



📍 *Dazu sagt der DFV:*

Beim Mietwohnen geht die Union mit ihren Wahlkampfversprechen in die richtige Richtung. Es braucht Neubau, Verdichtung und Aufstockung. Dazu müssen bürokratische Hindernisse schnell aus dem Weg geräumt werden.

Bezahlbare Energie:

Die Union setzt weiter auf die CO2-Bepreisung und verspricht dabei einen sozialen Ausgleich. Mit den CO2-Einnahmen will die Union zuerst die Stromsteuer und die Netzentgelte reduzieren. Das ist ein guter Anfang, die konkrete Entlastung von Familien bleibt aber noch offen.



📍 *Dazu sagt der DFV:*

Mit einer faktischen Steuer- bzw. Beitragserhöhung werden Entlastungen bezahlt. Mogelpackung, v.a. wenn man bedenkt, dass die CO2-Bepreisung in Zukunft deutlich steigen wird. Unter dem Strich wird es für Familien teurer, trotz „Entlastung“.

SPD:

Familienorientierte Wohneigentumsförderung:

Die SPD verspricht zwar, den „Traum vom Wohneigentum“ zu unterstützen. Aber es sind keinerlei Entlastungen für Familien in der Grunderwerbsteuer vorgesehen. Auch Zuschüsse zum Familienheim wie beim früheren Baukindergeld sind nicht in Sicht.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Bauwillige Familien dürfen bei der SPD auf keinerlei Unterstützung hoffen.

Bezahlbare und familiengerechte Mietwohnungen:

Investitionen in den sozialen Wohnungsbau sollen auf hohem Niveau verstetigt werden. Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften will die SPD mit dem nötigen Eigenkapital versorgen. Als weitere Säule für bezahlbaren Wohnraum will die SPD eine neue Wohngemeinnützigkeit fördern. Die Mietpreisbremse soll verschärft werden und unbefristet gelten.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Gut, aber noch zu wenig familienorientiert. Von sozialem Wohnraum profitiert nur ein kleiner Teil der Gesellschaft. Die Steuerungswirkung der Mietpreisbremse ist stark umstritten. Der Großteil der Familien wird in Städten weiterhin mit hohen Mieten zu kämpfen haben.

Bezahlbare Energie:

Bis 2026 soll es bei den steigenden Preisen für CO₂ bleiben. Ab 2027 kündigt wie SPD „geeignete Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene (zum Beispiel Klimageld)“ an, die dafür sorgen sollen, dass niemand überfordert wird.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Zu vage und zu spät. Beim Klimageld hat die SPD die Wähler in der Ampel-Regierung getäuscht. Versprochen und nicht eingehalten. Am Ende mussten Familien die Zeche zahlen.

Bündnis 90/Grüne:

Familienorientierte Wohneigentumsförderung:

Die Grünen wollen den Kauf von selbst genutztem Wohneigentum stärker fördern. Details fehlen im Programmwurf allerdings. Genannt wird nur eine Wohnungsbauprämie für Menschen mit geringem Einkommen – kein Ersatz für das Baukindergeld.



📍 *Dazu sagt der DFV:*

Die Forderung ist unglaubwürdig, wurde doch in der Vergangenheit das Eigenheim durch die Grünen medial angegangen. Wir gehen davon aus, dass bei einer Umsetzung die Förderung kaum Effektivität erreicht.

Bezahlbare und familiengerechte Mietwohnungen:

Im Bund sollen die Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau erhöht werden. Gemeinnützige und genossenschaftliche Wohnungsnehmer sollen besonders unterstützt werden. Die Mietpreisbremse soll verlängert und verschärft werden.



📍 *Dazu sagt der DFV:*

Sozialer Wohnungsbau erreicht nicht alle Familien. Die Mietpreisbremse wird von Experten kritisch gesehen. In der Summe zu wenig, um Preissteigerungen im Mietsektor zu begrenzen. Im Gesamtkontext gesehen: Grüne Forderungen nach Sanierungen im Wohnungsbau, Modernisierung der Heizungstechnik und Unterstützung der CO2-Bepreisung führen zu deutlicher Verteuerung des Wohnraums für Familien.

Bezahlbare Energie:

Die Grünen setzen weiterhin auf eine CO2-Bepreisung. Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen sollen zum Ausgleich einen Großteil der Einnahmen als Klimageld zurückerhalten. Die Grünen versprechen außerdem, die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß senken. Kostentreiber für Familien könnten allerdings die insgesamt hohen Ansprüche der Grünen an den Energiestandard von Gebäuden sein, mit denen Mittelschichtfamilien wahrscheinlich allein gelassen werden.



📍 *Dazu sagt der DFV:*

Ob und wann Familien mit dem Klimageld erreicht werden, hängt von den Einkommensgrenzen ab – und davon, ob die Grünen diesmal ihr Versprechen mit dem Klimageld wahr machen, denn wer einmal seine Wähler hinters Licht geführt hat, dem glaubt man nicht mehr. Familien sollten hier also nichts erwarten.

FDP:

Familienorientierte Wohneigentumsförderung:

Gut: Die FDP verspricht einen Grunderwerbsteuerfreibetrag von 500.000 Euro für die erste selbst genutzte Immobilie. Für Familien soll sich dieser Freibetrag für jedes Kind um 100.000 Euro erhöhen.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Eine sehr gute und an den Familien orientierte Idee.

Bezahlbare und familiengerechte Mietwohnungen:

Die FDP setzt auf Neubau und bessere steuerliche Abschreibungen im Wohnungsbau. Von einer gezielten Förderung bezahlbarer Familienwohnungen ist nicht die Rede. Einkommensschwächere will die FDP durch das Wohngeld unterstützen. Die Mietpreisbremse will die FDP abschaffen.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Der Neubau ist sehr wichtig. Muss aber am Ende für Familien bezahlbar sein. Die Kappungsgrenzen bei energetischen Sanierungen sollen gelockert werden – das kann teuer für Mieterfamilien werden.

Bezahlbare Energie:

Die FDP will die Energiesteuern senken. Die Stromsteuer soll in einem ersten Schritt auf das EU-Mindestmaß abgesenkt werden. Auf europäischer Ebene will sich die FDP für die Abschaffung der Stromsteuer einsetzen. Weitere Belastungen sind allerdings beim CO2-Preis zu erwarten, der perspektivisch die Strom- und Energiesteuer ersetzen soll. In Aussicht gestellt wird zwar eine Klimadividende, Details werden aber noch nicht genannt.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Auf eine Entlastung werden Familien sehr lange warten. Wenn sie denn überhaupt je kommt.

LINKE:

Familienorientierte Wohneigentumsförderung:

Das Wahlprogramm der Linken sieht keine familienorientierte Wohneigentumsförderung vor. Auch Entlastungen bei der Grunderwerbsteuer fürs selbstgenutzte Wohneigentum werden nicht gefordert.



📍 *Dazu sagt der DFV:*

Familienorientierung? Fehlanzeige!

Bezahlbare und familiengerechte Mietwohnungen:

Die Linke setzt auf den Staat als Bauherren und fordert eine Investitionsoffensive für den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau. Es sollen 20 Mrd. Euro im Jahr in gemeinnützigem Wohnraum investiert werden. Über eine neue Wohngemeinnützigkeit soll ein Anteil von 30 Prozent gemeinnütziger Wohnungen erreicht werden. Auch der genossenschaftliche Wohnungsbau soll gefördert werden. Die Linke fordert einen bundesweiten Mietendeckel. Die Mietpreise sollen wo nötig reguliert und begrenzt werden. Als Sofortmaßnahme sollen Mieterhöhungen bundesweit für die nächsten sechs Jahre ausgeschlossen werden. Streit droht bei der Ankündigung, große Immobilienkonzerne zu enteignen.

📍 *Dazu sagt der DFV:*

Durch Enteignung wird kein zusätzlicher Wohnraum geschaffen. Lange Rechtsstreitigkeiten und Schadensersatzzahlungen in Milliardenhöhe sind die Folge. Am Ende ist das vor allem eine sozialistische Idee ohne Umsetzungspotential. Die Förderung des sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbaus sieht der DFV jedoch sehr positiv.

Bezahlbare Energie:

Die Linke will die Stromsteuer senken und lehnt CO₂-Preise im Wärmebereich ab. Rückwirkend zum 1. Januar 2025 soll es ein soziales Klimageld von 320 Euro jährlich pro Person geben, das allerdings besteuert werden soll. Das Klimageld soll an die Entwicklung der CO₂-Preise angepasst werden. Gefordert werden außerdem sozial gestaffelte Heizungs- und Strompreise.

📍 *Dazu sagt der DFV:*

Grundsätzlich ein guter Ansatz, dass die CO₂-Bepreisung im Wärmebereich fällt. Problem beim Klimageld: Da keine Einkommensgrenzen genannt werden, ist nicht sicher, ob die versprochenen Entlastungen Familien mit mittlerem Einkommen und mehreren Kindern erreichen.

BSW:

Familienorientierte Wohneigentumsförderung:

Das BSW will Familien beim Erwerb des ersten selbstgenutzten Eigenheims von der Grunderwerbsteuer befreien.



📍 *Dazu sagt der DFV:*

In jedem Fall unterstützenswert. Die Grunderwerbsteuer verteuert die Finanzierung des Eigenheims.

Bezahlbare und familiengerechte Mietwohnungen:

Das BSW setzt bei Mietwohnungen auf den Staat und den gemeinnützigen Wohnungsbau. Wo Sozialwohnungen entstehen, soll die Sozialbindung dauerhaft gelten. Anstatt das Wohngeld zu erhöhen, soll der Staat Mieten deckeln und in den Neubau von preisgünstigen Mietwohnungen investieren. Familienkriterien fehlen allerdings. Statt der Mietpreisbremse will das BSW einen bundesweiten Mietendeckel einführen.



📍 *Dazu sagt der DFV:*

Ob für Mittelstandsfamilien der Wohnraum dadurch günstiger wird, kann bezweifelt werden. Der Neubau ist unterstützenswert. Ob der Mietendeckel langfristig zu mehr Wohnraum führt, ist in Frage zu stellen.

Bezahlbare Energie:

Gut ist, dass das BSW eine Senkung der Energiepreise und die Rücknahme des Heizungsgesetzes fordert. Die CO₂-Bepreisung will das BSW abschaffen.



📍 *Dazu sagt der DFV:*

Die CO₂-Bepreisung ist ein Inflationstreiber und gehört ausgesetzt. Problem beim BSW: Bei seiner Energiepolitik setzt das BSW auf russisches Erdgas und damit auf eine neue Abhängigkeit von einem diktatorischen Regime.

AfD:

Familienorientierte Wohneigentumsförderung:

Die AfD fordert die Abschaffung der Grunderwerbsteuer für Selbstnutzer. Mieter sollen beim Kauf von selbstgenutztem Wohneigentum z.B. durch Eigenkapitalersatz unterstützt werden und ihre Wohnungen von öffentlichen Wohnungsunternehmen zu vergünstigten Bedingungen erwerben können.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Die Grunderwerbsteuer verteuert den Immobilienerwerb durch Familien. Der DFV fordert seit langer Zeit, die Höhe der Grunderwerbsteuer herabzusetzen und einen Freibetrag einzuführen.

Bezahlbare und familiengerechte Mietwohnungen:

Statt des sozialen Wohnungsbaues will die AfD einkommensschwache Mieter vermehrt mit Wohngeld unterstützen – das löst allerdings nicht die Herausforderung für Familien, die Probleme haben, am Markt überhaupt eine Wohnung zu finden. Problematisch: Um die Wohnungsnot in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt insbesondere für junge Familien zu begrenzen, fordert die AfD, die Zuweisung von Wohnungen an Asylberechtigte und an Asylbewerber in diese Wohngebiete maximal zu begrenzen. Hier werden Menschen gegeneinander ausgespielt – besser und sachgerechter wäre eine klare Quote für Familienwohnungen in der Bauleitplanung.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Beim Mietwohnen ist das AfD-Programm sehr schwach aufgestellt. Deutliches „Daumen nach unten“.

Bezahlbare Energie:

Die AfD fordert die Abschaffung der CO₂-Bepreisung. Die Energiesteuern sollen reduziert werden. Das ist finanziell gut für Familien. Auf der Minusseite steht allerdings, dass die AfD komplett aus der Förderung erneuerbarer Energien aussteigen will – sicher ein Thema für viele Eltern, die an die Zukunft ihrer Kinder denken. Für günstige Energie setzt die AfD u.a. auf die Wiedereinführung von russischem Gas sowie die weitere Nutzung von Kohlekraftwerken und Kernenergie.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Die gute Forderung nach einem Ausstieg aus der CO₂-Bepreisung wird mit dem irrationalen Ausstieg aus der Förderung der Erneuerbaren Energien und der erneuten Abhängigkeit vom russischen Gas verknüpft. Hier hat die AfD aus der Vergangenheit nichts gelernt. Klare Absage vom DFV.

4. Zukunftsfeste Bildung

- ❖ Familie ist der erste und wichtigste Bildungsort. Eine erfolgreiche Bildungspolitik muss Familien stärken, ihre Leistungen anerkennen und Eltern Zeit für die Bildungsbegleitung ihrer Kinder geben.
- ❖ Schluss mit den Sparrunden: Ausgerechnet am Anfang des Bildungsweges sind die deutschen Bildungsausgaben im OECD-Vergleich unterdurchschnittlich. Die Mittel vor allem für den Primarbereich und die Sekundarstufe 1 müssen deutlich aufgestockt werden, denn hier werden die Weichen für den späteren Bildungsweg gestellt. Diese Forderung muss klaren Zielen ins Programm, damit sie im Interessenstreit nicht untergeht.
- ❖ Gute digitale Bildung ist Voraussetzung für Zukunftschancen. Damit es digitale Zugangsgerechtigkeit für alle Kinder gibt, fordert der DFV echte Lernmittelfreiheit für die digitale Grundausstattung.
- ❖ Um Kinder und Familien auch in schwierigen Zeit aufzufangen, fordert der DFV die flächendeckende Einführung der Kita- und Schul-Sozialarbeit und eine dauerhaft verlässliche Finanzierung.
- ❖ Die Bafög-Sätze sind zwar leicht gestiegen, aber sie reichen weiterhin für die stark gestiegenen Lebenshaltungskosten und vor allem die Wohnkosten nicht aus. Der DFV fordert, die Bafög-Sätze weiter zu erhöhen und Freibeträge und Bedarfssätze automatisch an die Lohn- und Preisentwicklung anzupassen.

CDU/CSU:

Familie als Lernort:

Die Union bekennt sich zur Bedeutung der Familie, in der zusammen mit Kita und Kindergarten die Grundlagen für einen erfolgreichen Lebensweg geschaffen werden. Dennoch könnte Kindern weniger Zeit für die informelle Bildung in der Familie bleiben: Denn die Union setzt auch mit Blick auf die Fachkräftesicherung auf Vollzeitwerbstätigkeit und Ganztagsangebote.

📌 *Dazu sagt der DFV:*

Gute Bildung geht nur mit Familie und Institutionen zugleich. Dafür brauchen Familien aber auch Zeit.

Bildungsfinanzierung:

Anders als für die Forschung nennt die Union kein konkretes Ziel für eine bessere Finanzierung des Bildungswesens.

📌 *Dazu sagt der DFV:*

Aussagen zur besseren Finanzierung des unterfinanzierten Primarbereichs gibt es nicht. Schlecht.

Digitale Bildung:

Die Union will mit dem DigitalPakt Schule 2.0 den Fokus auf digitale Infrastruktur, Lehr- und Lernprogramme und auf die Qualifizierung von Lehrkräften legen. Eine echte Lernmittelfreiheit für die IT-Grundausstattung wird nicht erwähnt.

📌 *Dazu sagt der DFV:*

Die Richtung ist richtig. Unterstützenswert.

Chancengerechtigkeit: Schulsozialarbeit und Bafög:

Konkrete Unterstützung wie eine verlässlich finanzierte und flächendeckende Schulsozialarbeit werden nicht erwähnt. Immerhin: Die Union will, dass das Bafög auskömmlich ist, setzt dabei allerdings auch auf bessere Hinzuverdienstgrenzen, Kredite und Stipendien.

📌 *Dazu sagt der DFV:*

Schulsozialarbeit ist immens wichtig. Schade, dass die Union im Wahlprogramm nichts dazu zu sagen hat.

SPD:

Familie als Lernort:

Bei der Bildung setzt die SPD eher auf Infrastrukturen und Institutionen als auf die Familie. Auch dass Kinder Zeit für sich selbst und Zeit in der Familie brauchen, wird im Programm nicht thematisiert, wäre aber wichtig: Denn die SPD setzt ausdrücklich auf den Ausbau von Ganztagschulen.

◆ *Dazu sagt der DFV:*

Bildung ist Sache der Institutionen. Weniger der Familien, wenn es nach der SPD geht. Schade, dass das nicht gemeinsam betrachtet wird.

Bildungsfinanzierung:

Die SPD will stärker in Bildung investieren und spricht von einer „kraftvollen und nachhaltigen gesamtstaatlichen Finanzierung“. Dafür schlägt sie einen Zukunftspakt Bund, Länder, Kommunen vor. Sie stellt hohe Erwartungen an die Grundbildung in der Grundschule – wie die Unterfinanzierung im Primarbereich überwunden werden soll, wird aber nicht aufgezeigt.

◆ *Dazu sagt der DFV:*

Es ist dringender denn je, Bund, Länder und Kommunen zur Finanzierung eines guten Bildungssystems an den Tisch zu bringen. Ob das klappt, kann bezweifelt werden.

Digitale Bildung:

Der derzeit ausgebremste Digitalpakt Schule soll fortgesetzt und inhaltlich weiterentwickelt werden. Lernmittelfreiheit für die IT-Grundausstattung als Voraussetzung für die digitale Zugangsgerechtigkeit wird nicht ausdrücklich angesprochen.

◆ *Dazu sagt der DFV:*

Das Problem ist erkannt und soll angegangen werden. Gut.

Chancengerechtigkeit: Schulsozialarbeit und Bafög:


Das Startchancenprogramm für Schulen in benachteiligten Lagen soll schrittweise ausgebaut werden. Eine bessere Finanzierung für eine flächendeckende Schulsozialarbeit wird aber nicht erwähnt. Beim Bafög will die SPD dafür sorgen, dass die Höhe an die steigenden Lebenshaltungskosten angepasst wird und schrittweise mehr Studierende einen Anspruch haben. Die Bafög-Wohnkostenpauschale soll künftig automatisch erhöht werden. Langfristig soll das Bafög elternunabhängiger werden. Außerdem wird eine schrittweise Rückkehr zum Vollzuschuss angestrebt.

◆ *Dazu sagt der DFV:*

Schade, dass die Schulsozialarbeit über den Tellerrand fällt. Die sonstigen Forderungen sind aber aus Sicht der Familien top.

Bündnis 90/Grüne:


Familie als Lernort:

Familie als Lernort wird in den bildungspolitischen Plänen der Grünen nicht erwähnt. Der Programmtext setzt auf die Stärkung öffentlicher Räume und Institutionen. 

 *Dazu sagt der DFV:*

Schade, denn die stärkere Verknüpfung der Eltern mit den Bildungsinstitutionen würden allen helfen: den Kindern, den Eltern und ebenso den institutionellen Bildungsträgern.


Bildungsfinanzierung:

Bildungsausgaben sollen Priorität bekommen. Die Sanierung der Schulen soll aus einem neuen „Deutschlandfonds“ für Bund, Länder und Kommunen finanziert werden. 

 *Dazu sagt der DFV:*

Unterstützenswert, auch wenn für den wichtigen und unterfinanzierten Primärbereich noch klare Finanzierungszusagen fehlen.


Digitale Bildung:

Die Digitalisierung der Schulen soll eine Daueraufgabe von Bund, Ländern und Kommunen sein, in die weiter investiert werden soll. Eine kostenfreie IT-Grundausrüstung für Schüler und Familien planen die Grünen nicht. 

 *Dazu sagt der DFV:*

Leider finden sich nur vage Aussagen zur digitalen Bildung.

Chancengerechtigkeit: Schulsozialarbeit und Bafög:

Ein „Zukunftsprogramm Bildung“ von Bund, Ländern und Kommunen soll bundesweit für mehr Chancen- und Generationengerechtigkeit sorgen. Dabei geht es vor allem um die Sanierung von Schulgebäuden. Auch mehr Stellen für Schulsozialarbeit werden versprochen, vermutlich aber nicht flächendeckend, sondern nur in einigen Schulen. Gut: Das Bafög soll existenzsichernd sein, auch bei steigenden Lebenshaltungskosten. Die Freibeträge bei den elterlichen Einkommen sollen erhöht werden. 

 *Dazu sagt der DFV:*

Ausbaufähig, aber dennoch sehr zu begrüßen. Insbesondere, dass die Schulsozialarbeit in den Fokus genommen wird.

FDP:

Familie als Lernort:

Vom Lernort Familie ist kaum die Rede im FDP-Programm. Immerhin: Anstatt der Kultusministerkonferenz (KMK) plädiert die FDP für einen Bundesbildungsrat, in dem auch Eltern vertreten sein sollen.



◆ *Dazu sagt der DFV:*

Sehr gut, dass Eltern im Bundesbildungsrat vertreten sein sollen. Der Vorschlag geht in die richtige Richtung.

Bildungsfinanzierung:

Obwohl die FDP in ihrem Bildungskapitel „große Chancen für die Kleinsten“ verspricht, fehlt ein klares Bekenntnis zu einem besser finanzierten Primarbereich.



◆ *Dazu sagt der DFV:*

Fazit: Leider enttäuschend.

Digitale Bildung:

Mit einem Digitalpakt 2.0 von Bund und Ländern will die FDP die technische Modernisierung der Schulen vorantreiben und digitale Lehre in der Lehreraus- und Fortbildung verankern. Digitale Lernmittelfreiheit wird nicht erwähnt.



◆ *Dazu sagt der DFV:*

Das Problem ist erkannt, auch wenn die Lernmittelfreiheit erstrebenswert ist.

Chancengerechtigkeit: Schulsozialarbeit und Bafög:

Die FDP sieht Bildung als Schlüssel zum Aufstieg unabhängig von der Herkunft. Konkrete Unterstützungssysteme wie die Schulsozialarbeit werden aber nicht angesprochen. Das Bafög will die FDP zu einem elternunabhängigen Baukasten-System weiterentwickelt. Das Bildungskreditprogramm soll gestärkt und ausgebaut werden. Zusätzlich will die FDP das Bildungssparen steuerlich fördern.



◆ *Dazu sagt der DFV:*

Schade um die Schulsozialarbeit. Für Chancengerechtigkeit mittels Bafög steht die FDP jedoch ein.

LINKE:

Familie als Lernort:

Die Familie als erster Bildungsort wird nicht erwähnt. Die Linke setzt vor allem auf die Schule als ganztägigen Lernort.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Schade. Hier wird Potential verschenkt, die Bildungspolitik besser zu machen.

Bildungsfinanzierung:

Die Linke will den Investitionsstau im Bildungswesen beenden und Sanierungen aus der von ihr geforderten Vermögensteuer bezahlen. Bis dahin fordert sie vom Bund ein 100 Milliarden Euro-Sondervermögen für die Sanierung, Modernisierung und Unterstützung von Bildungseinrichtungen. Wie viel davon in den unterfinanzierten Primarbereich fließen soll, wird nicht konkretisiert.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Familien sollten sich nicht darauf verlassen, dass das – auch in einer Regierungskoalition – umgesetzt werden wird. Wir sollten hier realistisch bleiben.

Digitale Bildung:

Schulbücher, digitale Geräte und Infrastruktur will die Linke kostenlos zur Verfügung stellen. Die Kosten für den Netzzugang und die erforderlichen Geräte sollen außerdem bei der Grundsicherung und anderen Sozialleistungen berücksichtigt werden.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Hier punktet die Linke auf ganzer Linie. Sehr gut.

Chancengerechtigkeit: Schulsozialarbeit und Bafög:

Sozialarbeiter sollen flächendeckend und dauerhaft an jeder Schule verfügbar sein. Die Linke fordert ein eltern-, alters- und herkunftsunabhängiges, existenzsicherndes und unbefristetes Bafög für alle als Vollzuschuss. Die Höhe soll regelmäßig an die Lebenshaltungskosten angepasst werden und nicht unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle liegen.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Hier zeigt die Linke, wie Chancengerechtigkeit durch den Bund klar gefördert werden könnte. „Daumen nach oben“.

BSW:

Familie als Lernort:

Der Lernort Familie wird nicht angesprochen. Das BSW setzt auf staatliche Bildungsinstitutionen und Ganztagschulen.



📍 *Dazu sagt der DFV:*

Schade, Chance verpasst. Aber gerade Eltern sind für die Bildung ihrer Kinder wichtige Ansprechpartner.

Bildungsfinanzierung:

Mit einem Investitionsprogramm „Kinder und Bildung“ will das BSW in eine kinder-, jugend- und familienfreundliche Infrastruktur investieren. Die Mittel sollen besonders in die Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur von benachteiligten Orten und Gegenden fließen. Die Grundschule soll wieder die Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen in den Mittelpunkt stellen. Eine bessere Finanzierung für die besonders unterfinanzierte Primarstufe wird aber nicht erwähnt.



📍 *Dazu sagt der DFV:*

Grundsätzlich unterstützenswert.

Digitale Bildung:

Das BSW ist skeptisch gegenüber der Digitalisierung und fordert ein Recht auf nichtdigitale Teilhabe am öffentlichen Leben. In der Grundschule sollen stärker analoge Lernmittel eingesetzt werden. Handys und Tablets sollen mindestens bis zum Ende der Grundschule aus den Klassenzimmern verbannt und auch danach möglichst wenig im Unterricht eingesetzt werden. Auch wenn manche Bedenken nachvollziehbar sind, fehlen hier Maßnahmen für eine sinnvolle Digitalisierung der Bildung und für die digitale Zugangsgerechtigkeit.



📍 *Dazu sagt der DFV:*

Digitale Bildung muss ergänzend gedacht werden. Wer hier den Anschluss verpasst, geht mit der Vergangenheit, nicht mit der Zukunft der Bildung.

Chancengerechtigkeit: Schulsozialarbeit und Bafög:

Die Bedeutung der Sozialarbeit an den Schulen wird erwähnt, eine verlässliche und flächendeckende Finanzierung aber nicht eingefordert. Das BSW fordert eine Bafög-Reform zur auskömmlichen Finanzierung des Studiums.



📍 *Dazu sagt der DFV:*

Das BSW geht in die richtige Richtung.

AfD:

Familie als Lernort:

Die Betreuung, Erziehung und Bildung in der Familie stehen für die AfD im Mittelpunkt. Kinder sollen in der Schule zu Ehe, Partnerschaft und Familienzusammenhalt unterrichtet werden, um später stabile Familien gründen zu können. Diskussionswürdig: Die Schulpflicht soll zur Bildungspflicht werden. Dafür will die AfD die Schulpflicht lockern und zu einer Bildungspflicht umwandeln.

◆ *Dazu sagt der DFV:*

Familie steht hier im Mittelpunkt. Sehr gut. Eine Lockerung der Schulpflicht öffnet „Heimunterricht“ Tür und Tor. Ob das gut ist, kann bezweifelt werden.

Bildungsfinanzierung:

Eine bessere Finanzierung für die Primarstufe wird nicht gefordert, obwohl die AfD hohe Anforderungen an das erworbene Basiswissen am Ende der Grundschule stellt. Ausdrücklich gefordert wird im Programm nur eine höhere Grundfinanzierung der Hochschulen – aber die Weichen werden eben bei den Kleinen gestellt.

◆ *Dazu sagt der DFV:*

Chance klar vertan. Hier hätte die AfD einen größeren Fokus auf die Primarstufe legen müssen.

Digitale Bildung:

Schulen sollen eine moderne IT-Ausstattung bekommen, die ersten vier Schuljahre sollen möglichst digitalfreie Räume ein. Eine kostenfreie IT-Grundausrüstung für die Schüler wird nicht erwähnt.

◆ *Dazu sagt der DFV:*

Das Wahlprogramm liest sich hier vage. Das Problem ist erkannt, aber konkrete Lösungsvorschläge fehlen zuweilen.

Chancengerechtigkeit: Schulsozialarbeit und Bafög:

Zu gezielten Unterstützungsangeboten wie der Schulsozialarbeit äußert sich die AfD nicht. Bafög-Empfängern soll bei einer Geburt während der Ausbildung bzw. während des Studiums die Rückzahlung nach erfolgreichem Abschluss erlassen werden, für Studenten mit Kindern soll die Regelstudienzeit auf Antrag um bis zu 6 Semester verlängert werden.

◆ *Dazu sagt der DFV:*

Sehr schade, dass die Schulsozialarbeit keine Erwähnung findet. Die Forderungen beim Bafög sind jedoch sehr zu begrüßen.

5. Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf

- ◆ Familien müssen laut Grundgesetz und Bundesverfassungsgericht Wahlfreiheit bei der Gestaltung der Kinderbetreuung haben. Das heißt: Eltern müssen frei entscheiden können, welche Betreuung für ihr Kind am besten passt. Der DFV fordert deshalb während der dreijährigen gesetzlichen Elternzeit statt der institutionellen Förderung ein Betreuungsbudget von 1.000 Euro, das bei allen Familien in bar ankommt und von der Betreuungsform unabhängig ist. Eltern können dann entscheiden, ob sie ihr Kleinkind zuhause betreuen oder einen guten Betreuungsplatz nutzen wollen.
- ◆ Betreuungsangebote sind wichtig für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – aber nur Betreuungsangebote mit gutem Personalschlüssel und kleinen Gruppen sind auch gut für die Kinder. Der DFV fordert deshalb bundesweit verbindliche Qualitätskriterien von der Kita bis zur Betreuung von Grundschulkindern. Qualitätskriterien müssen auch die zeitlichen Bedürfnisse von Kindern berücksichtigen – eine „Rund-um-die-Uhr“-Betreuung zur Ermöglichung familienfeindlicher Arbeitszeiten lehnt der DFV ab.
- ◆ Das Basis-Elterngeld muss kurzfristig auf 450 Euro angehoben und jährlich an die Preissteigerungen angepasst werden. Für Familien mit mehreren Kindern fordert der DFV die Erhöhung des Geschwisterbonus und die Verlängerung der Bezugsdauer beim zweiten und weiteren Kindern. Die Leistungshöhe bei nachfolgenden Kindern darf nicht niedriger sein. Der Sockelbetrag darf nicht auf Sozialleistungen angerechnet werden. Perspektivisch muss bei der Aufteilung des Elterngeldes auf die beiden Elternteile auf gesetzliche Vorgaben verzichtet und dem Wunsch- und Wahlrecht der Familie Rechnung getragen werden.
- ◆ Väterzeiten für Kinder müssen erleichtert werden. Zum Einstieg fordert der DFV die Umsetzung der Familienstartzeit, die es in der letzten Legislaturperiode nicht mehr ins Gesetz geschafft hat.
- ◆ Die Erziehung von Kindern und die Anerkennung von Familienqualifikationen müssen bei der Einstellung und Beförderung vorrangig berücksichtigt werden. Der Staat muss als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangehen.
- ◆ Deutschland braucht eine familiengerechte Arbeitswelt, das Leitbild von der arbeitsmarktgerechten Familie führt auch demografisch in die Irre. Dabei reichen Appelle an die Arbeitgeber nicht aus. Es sind auch schärfere Instrumente nötig. Der DFV fordert dafür zum Beispiel, die Vergabe öffentlicher Aufträge an eine familienorientierte Personalpolitik von Unternehmen zu knüpfen.

CDU/CSU:

Wahlfreiheit und Betreuungsförderung:

Die Union bekennt sich zur elterlichen Erst- und Eigenverantwortung – allerdings wird dies nicht mit konsequenten Maßnahmen hinterlegt. Das Elterngeld will die Union verbessern, konkret wird aber nur erwähnt, dass der Partnerschaftsbonus bei gleichzeitiger vollzeitnaher Teilzeit beider Eltern „weiterentwickelt“ wird.



◆ *Dazu sagt der DFV:*

Die Union hat nicht den Mut, konkret zu werden. Schade. Viel darf daher nicht erwartet werden. Gerade beim Elterngeld sind Erhöhungen notwendig. Beim Minimal- und Höchstbetrag.

Qualität von Kinderbetreuung:

Die Qualität von Kinderbetreuungsangeboten soll steigen, verbindliche Qualitätskriterien auf Bundesebene sind allerdings nicht vorgesehen. Um die Schulreife aller Kinder anzustreben, setzt die Union auf Mindeststandards und will mit einem weiteren Investitionsprogramm Länder und Kommunen beim Ausbau der Betreuungsplätze unterstützen – unklar bleibt noch, ob es sich dabei eher um Quantität oder um Qualität handelt.



◆ *Dazu sagt der DFV:*

Familien wünschen sich Klarheit. An diesem Punkt ist sie jedoch nicht zu finden. Zudem müssen hier die Länder ins Boot geholt werden, was die Sache umso schwieriger in der Umsetzung macht.

Familiengerechte Arbeitswelt:

Die Union setzt auf Vollzeitarbeit oder vollzeitnahe Arbeit, für die sie auch die steuerliche Absetzbarkeit haushaltsnaher Dienstleistungen verbessern will. Weitere Arbeitszeitmodelle für Familien kommen kaum in den Blick, auch Instrumente wie die Anerkennung von Familienqualifikationen bei der Einstellung und Beförderung haben es nicht ins Unions-Programm geschafft.



◆ *Dazu sagt der DFV:*

Familiengerechte Arbeitswelt bei der Union? Fehlanzeige.

SPD:

Wahlfreiheit und Betreuungsbudget:

Der niedrige Mindestbetrag beim Elterngeld wird nicht erhöht. Geplant ist lediglich, dass beim Elterngeld künftig jeder Elternteil Anspruch auf sechs nicht übertragbare Monate Elterngeld erhalten soll. Zusätzlich gibt es weitere sechs Monate, die frei auf beide Elternteile verteilt werden können. Damit steigt laut die Gesamtzahl der Elterngeldmonate von jetzt 14 auf 18 Monate – für Eltern, die die Partnermonate nicht nutzen (können), bleibt es also faktisch bei den 12 Monaten Elterngeld. Gut: Die SPD will die – seit langem versprochene – Familienstartzeit einführen. Väter sollen sich für die ersten zwei Wochen nach einer Geburt des Kindes bei voller, umlagefinanzierter Lohnfortzahlung freistellen lassen können. Vage angesprochen wird außerdem ein jährliches „Familienbudget für Alltagshelfer“, mit dem haushaltsnahe Dienstleistungen gefördert werden sollen.

📌 *Dazu sagt der DFV:*

Kleine Verbesserungen beim Elterngeld, aber einen großen Wurf sollten Familien nicht erwarten. Das Elterngeld bleibt weiterhin komplett unterfinanziert. In der Mindest- sowie in der Maximalhöhe. Gut, dass die Familienstartzeit/Väterfreistellung eingefordert wird.

Qualität von Kinderbetreuung:

Die SPD stellt eine kostenfreie Bildung von der Kita an in Aussicht und verspricht auch qualitative Verbesserungen. Verbindliche Qualitätskriterien finden sich aber nicht. Für die Förderung von Kitas in benachteiligten Lagen soll ein Startchancenprogramm mit Bundesmitteln geschaffen werden.

📌 *Dazu sagt der DFV:*

Insgesamt ist das positiv zu bewerten.

Familiengerechte Arbeitswelt:

Die SPD setzt vor allem auf flexible Arbeitszeitmodelle und verlässliche Betreuungsangebote. Strategien wie die Anerkennung von Kindererziehung und Familienarbeit im öffentlichen Dienst werden nicht eingefordert. Schade, denn es heißt ausdrücklich im Wahlprogramm: Wir wollen einen Staat, der als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangeht. Interessant, aber viel zu vage: Zusätzliche Urlaubstage für sorgearbeitende Eltern sollen eine partnerschaftliche Organisation des Familienalltags fördern und insbesondere diejenigen entlasten, die Pflege und Beruf vereinbaren müssen – für wen das genau gelten soll, hat die SPD auf Nachfrage leider nicht erläutert.

📌 *Dazu sagt der DFV:*

Vage Forderungen, auf die sich Familien nicht verlassen sollten. Der Staat fördert zwar seine Beamten (bspw. durch zusätzliche und gut bezahlte Familien- und Ehezulagen), bei Angestellten im öffentlichen Dienst stellt er sich aber im Finanziellen quer. Hoffen wir, dass es bei der Vereinbarkeit anders aussehen wird.

Bündnis 90/Grüne:

Wahlfreiheit und Betreuungsbudget:

Der Mindestbetrag beim Elterngeld soll laut Programmentwurf von 300 auf immer noch bescheidene 400 Euro erhöht werden, der Höchstbetrag soll auf 2.400 Euro steigen. Gut ist die zweiwöchige Väterzeit nach der Geburt mit Lohnersatz, die die Grünen nun endlich einführen wollen. Ansonsten ist auf wenig finanzielle Wahlfreiheit zu hoffen, ein Betreuungsbudget während der dreijährigen Elternzeit findet sich nicht im Grünen Programmentwurf.



Dazu sagt der DFV:

Die Grünen erkennen, dass das Elterngeld neue Maximal- und Mindestsummen braucht. Beim Maximalwert: top! Beim Minimalwert: viel zu niedrig. Hier sollte es mindestens 600 Euro geben (Inflationsausgleich seit 1986). Auch bei der Väterzeit trumpfen die Grünen auf. Sehr positiv.

Qualität von Kinderbetreuung:

Die Grünen wollen bundesweite Qualitätsstandards im Kitabereich gesetzlich festschreiben.



Dazu sagt der DFV:

Hier ist zu hoffen, dass der gute Wille nicht wie beim Kita-Qualitätsgesetz wieder im Bund-Länder-Streit unterliegt.

Familiengerechte Arbeitswelt:

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, wollen die Grünen durch einen gesetzlichen Rahmen flexible Lösungen ermöglichen und passgenaue Regelungen bieten, die die Betriebe nicht überfordern. Geplant sind außerdem steuerliche Anreize für Unternehmen, die Kitaplätze schaffen. Die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen sollen flexible Arbeitszeitmodelle und durch das Rückkehrrecht in Vollzeit verbessert werden.



Dazu sagt der DFV:

Leider nur vage Aussagen, aber es geht in die richtige Richtung. Gut: Laut Programmentwurf sollen Eltern auch über 2025 hinaus an 15 Tagen Kinderkrankengeld beziehen können, Alleinerziehende an 30 Tagen.

FDP:

Wahlfreiheit und Betreuungsbudget:

Das Elterngeld soll stärker an eine bestimmte Arbeitsteilung in der Partnerschaft binden. Das volle Elterngeld (14 Monate) soll nur noch voll ausgezahlt werden, wenn beide Partner je mindestens vier Elterngeldmonate in Anspruch nehmen. Nur die restlichen Monate sollen Eltern frei aufteilen können – ein Verlustgeschäft für Eltern, die eine andere Arbeitsteilung möchten.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Die Ideen zum Elterngeld sind leider unzureichend. Die FDP will Partner deutlich stärker in bestimmte Rollen zwingen. Klare Absage seitens des DFV.

Bessere Qualität von Kinderbetreuungsangeboten:

Die FDP will die frühkindliche Bildung durch bundeseinheitliche Kita-Qualitätsstandards fördern. Genannt wird u.a. ein bedarfsgerechter Betreuungsschlüssel, der pädagogische Arbeit, administrative Aufgaben und Ausfallzeiten einberechnet. Die Kindertagespflege soll als weitere Säule der Kindertagesbetreuung gestärkt werden. Gefordert wird außerdem ein Startchancen-Programm für Kitas.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Die FDP fordert konkrete Verbesserungen. Klarer „Daumen nach oben“.

Familiengerechte Arbeitswelt:

In ihrem stark wirtschaftspolitisch geprägten Programm will die FDP vor allem das Arbeitsvolumen stärken. Forderungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wie flexible Arbeitszeiten, Teilzeit, Jobsharing und Homeoffice bleiben da eher eine unverbindliche Aufzählung. Innovative Ideen wie die Anerkennung von Familienqualifikationen bei Einstellungen und Beförderungen fehlen.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Von Familienpolitik ist wenig zu lesen. Umso mehr von Wirtschaftspolitik.

Linke:

Wahlfreiheit und Betreuungsbudget:

Für Väter soll es 28 Tage Elternschutz ab Geburt des Kindes geben. Der Mindestbetrag beim Elterngeld soll auf 420 Euro angehoben werden, Mindest- und Höchstbetrag an die Entwicklung des allgemeinen Verbraucherpreisindex gekoppelt werden. Bis zur Einführung einer Kindergrundsicherung soll das Mindest-Elterngeld nicht auf Bürgergeld und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz angerechnet werden.

📌 *Dazu sagt der DFV:*

Wenn man die Inflation seit Einführung des Erziehungsgeldes einrechnet, müsste das Elterngeld mindestens 600 Euro betragen. Dennoch: Die Linke sieht hier den Bedarf. Leider ist von einer Erhöhung des Maximalbetrages keine Rede.

Bessere Qualität von Kinderbetreuungsangeboten:

Die Linke fordert ein Kitaqualitätsgesetz mit besserem Betreuungsschlüssel von maximal 3:1 für Kinder unter 3 Jahren und 7,5:1 für ältere Kinder.

📌 *Dazu sagt der DFV:*

Gut, konkret, klar unterstützenswert!

Familiengerechte Arbeitswelt:

Vollzeitnahe Teilzeit (z.B. 32 Stunden oder Vier-Tage-Woche) soll zur neuen Normalarbeitszeit werden. Dieses Modell soll von flexiblen Betreuungsangeboten und Homeoffice-Optionen begleitet werden. Als Ziel nennt die Linke, dass Väter etwas weniger und Mütter mehr arbeiten – das passt zu manchen Familien, als Rezept für alle Familien, gerade mit jungen Kindern oder mehreren Kindern, ist das aber viel zu wenig. Gut: Den Kündigungsschutz für Eltern will die Linke bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres des Kindes ausweiten. Berufsrückkehrer nach der Elternzeit sollen durch ein ausdrückliches Rückkehrrecht auf den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz gestärkt werden. Gefordert wird außerdem ein Rechtsanspruch auf familienfreundliche Schichten.

📌 *Dazu sagt der DFV:*

Die Linke zeigt bei der familiengerechten Arbeitszeit wie man es richtig anpacken kann.

BSW:

Wahlfreiheit und Betreuungsbudget:

Ein höheres Elterngeld oder gar ein Betreuungsbudget während der dreijährigen Elternzeit werden nicht erwähnt.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Beim Elterngeld ist das BSW familienblind.

Qualität von Kinderbetreuungsangeboten:

Das BSW will ein Investitionsprogramm „Kinder und Bildung“ auch für die Betreuungsinfrastruktur. Außerdem fordert das Bündnis stabile bzw. sinkende Kita-Beiträge und mittelfristig Beitragsfreiheit. Verbindliche Qualitätskriterien werden nicht eingefordert.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Viele vage Forderungen, die dennoch ihre Berechtigung haben.

Familiengerechte Arbeitswelt:

Über eine bessere Arbeitswelt für Familien schweigt das Programm sich weitgehend aus.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Beim BSW ist bei der familiengerechten Arbeitswelt gähnende Leere zu finden.

AfD:

Wahlfreiheit und Betreuungsförderung:

Die AfD will, dass Vater oder Mutter zumindest in der Kleinkindphase ohne finanzielle Einbußen die Möglichkeit haben, zu Hause zu bleiben oder nur Teilzeit zu arbeiten, wenn sie dies wünschen. Dafür will sie ein Betreuungsgehalt bis zum dritten Lebensjahr einführen, das für Eltern oder Großeltern etwa dem durchschnittlichen Nettolohn vor Geburt des ersten Kindes entspricht. Das bietet, wenn es denn umgesetzt würde, Chancen für die Wahlfreiheit – dafür muss aber auch sichergestellt sein, dass Eltern die Möglichkeit haben, einen guten Betreuungsplatz oder einen guten Betreuungsmix für ihr Kind zu nutzen.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Die AfD entwickelt bei der Wahlfreiheit Vorbildcharakter für andere Parteien. So muss Wahlfreiheit gemacht werden. Klare Zustimmung.

Qualität von Kinderbetreuungsangeboten:

Großes Fragezeichen: Denn die AfD setzt darauf, dass die Nachfrage nach Kita-Plätzen durch das Betreuungsgehalt deutlich sinkt und sich Personal- und Qualitätsprobleme in Krippen und Kitas gleichsam automatisch lösen. Entsprechend finden sich auch keine verbindlichen und bundesweiten Qualitätskriterien für Kinderbetreuungsangebote im Programm.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Das kann nach hinten losgehen: Denn die AfD fordert gleichzeitig die Einführung einer bedarfsorientierten Vorschule, um alle Kinder so weit zu fördern, dass sie dem regulären Unterricht folgen können. Hier sind verbindliche Qualitätsvorgaben aber wichtig, damit eine individuelle Förderung klappt.

Familiengerechte Arbeitswelt:

Die AfD will, dass Familien von nur einem Einkommen leben können und sagt, dass insbesondere bei doppelberufstätigen Eltern Arbeit und Familie nur schwer vereinbar sind. Dadurch fehlen – bis auf den sinnvollen Vorschlag, berufliche Wiedereinsteiger besser zu unterstützen – aber eben auch verbindliche Forderungen für eine familienorientierte Personalpolitik und es bleibt beim Appell an die Arbeitgeber, mehr Telearbeit, flexible Arbeitszeiten und Betriebskindergärten zu schaffen.



📌 *Dazu sagt der DFV:*

Schade, Chance vertan mit guten Forderungen punkten zu können.

6. Grundsätzliche familienpolitische Anmerkungen zu den Wahlprogrammen

CDU/CSU:

Im gemeinsamen Wahlprogramm von CDU und CSU findet sich erst weit hinten ein Abschnitt zur Familie unter dem Motto „Ja zu Familie und Verantwortung“. „Familien sind echte Leistungsträger. Sie übernehmen Verantwortung über Generationen hinweg und geben unserem Land Stabilität“, heißt es im Programm. Der Schutz von Ehe und Familie wird hervorgehoben. Gleichzeitig sollen unterschiedliche Lebensentwürfe respektiert werden. Nicht nur in klassischen Familien würden Werte gelegt, die grundlegend für die Gesellschaft sind, sondern auch in Patchwork- und Trennungsfamilien sowie bei Alleinerziehenden und in gleichgeschlechtlichen Beziehungen. Aussagen zur besonderen Unterstützung und Bedeutung kinderreicher Familien findet sich nicht.

Die Union will Familien genug Spielraum geben, um ihr Leben eigenverantwortlich gestalten zu können. Gute Ansätze gibt es bei der Familienbesteuerung und beim Wohneigentum für Familien – in anderen Bereichen bleiben die genannten Maßnahmen hinter dem Anspruch zurück. Ein Familien-TÜV für Gesetze findet sich nicht. Auch ein Wahlrecht von Geburt an wird von der Union nicht gefordert.

SPD:

Die Familie findet sich bei der SPD in der ersten Hälfte des Wahlprogramms. Familie ist für die SPD dort, wo Menschen aufeinander abgeben und füreinander eintreten wollen. „Eine Gesellschaft wird davon geprägt, wie gut es den Familien geht“, heißt es im Programm. Kinderreiche Familien werden allerdings nicht erwähnt. Familienpolitisch wird zwar auf die finanzielle Entlastung von Familien abgehoben, noch stärker setzt die SPD aber auf den Ausbau von Infrastrukturen und Institutionen. Direkte finanzielle Entlastungen auch für die belastete Mittelschicht stehen weniger im Mittelpunkt. Die SPD will den Eltern mehr Zeit für die Kinder geben – hier deutet sich allerdings ein Interessenkonflikt zur stark arbeitsmarktpolitischen Ausrichtung des Programms an.

Die SPD will Kinderrechte im Grundgesetz verankern, um Schutz, Beteiligung und Förderung sicherzustellen. Das Wahlrecht als höchstes Beteiligungsrecht soll es allerdings erst ab 16 Jahren geben. Auch der Familien-TÜV für Gesetze hat es nicht ins Programm geschafft. Nur für die Gleichstellung von Frauen und Männern verspricht die SPD eine Folgenabschätzung aller Maßnahmen, Gesetze und des Bundeshaushalts.

Bündnis 90/Grüne:

Bis Redaktionsschluss lag nur der Programmentwurf vor, das beschlossene Programm haben die Grünen noch nicht auf ihrer Homepage eingestellt. Ein Absatz mit dem Titel „Für starke Familien“ findet sich erst in der zweiten Hälfte des Entwurfs, insgesamt muss man sich eher „durchklicken“, um Familienrelevantes zu finden. Familie ist für die Grünen dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Sie wollen die Elternschaft von trans*, inter* und nicht binären Menschen berücksichtigen und die rechtliche Situation von Familien mit mehr als zwei Eltern verbessern. Eine besondere Unterstützung für Mehr-Kind-Familien wird nicht erwähnt. Als Schwerpunkte versprechen die Grünen bezahlbare Mieten, finanzielle Unterstützungen insbesondere für armutsgefährdete Familien und die Stärkung von Kinderbetreuungsangeboten. Großes Minus für künftige Familien: Die Grünen wollen für neue Ehen das Ehegattensplitting abschaffen.

Die Grünen wollen die Kinderrechte ins Grundgesetz schreiben und das Wahlalter auf Bundesebene auf 16 Jahre senken – 16 Jahrgänge von Kindern und Jugendlichen würden also weiter ohne Wahlrecht bleiben. Ein Familien-TÜV für Gesetze ist nicht vorgesehen.

FDP:

„Familien sind das Rückgrat unserer Gesellschaft und gehören gestärkt“ steht im Wahlprogramm – mit Maßnahmen zur Entlastung speziell von Familien wird das aber nicht hinterlegt. „Familienmodelle sind vielfältig, aber sie beruhen auf Werten und Fürsorge“, heißt es im Programm. Die FDP will Familien in ihren unterschiedlichen Konstellationen entsprechen und unterschiedliche Familienmodelle rechtlich stärken. Kinderreiche Familien werden nicht erwähnt.

Die politischen Rahmenbedingungen sollen ein selbstbestimmtes Leben und eigenverantwortliche Entscheidungen ermöglichen. Schwerpunkte sind die Bildung und die Gleichberechtigung von Frauen – insgesamt sind alle Überlegungen aber geprägt von der stark wirtschaftspolitischen Ausrichtung des Programms. Einen Familien-TÜV für Gesetze oder gar ein Wahlrecht ab Geburt fordert die FDP nicht.

Linke:

Der Familie ist im Wahlprogramm nur ein Abschnitt gewidmet. „Alle Familien stärken und entlasten, Vereinbarkeit von Sorge- und Erwerbsarbeit verbessern“ heißt es hier. Familie ist für die Linke dort, wo Menschen füreinander soziale Verantwortung übernehmen – unabhängig vom Trauschein, sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität. „Wir wollen mehr Geld für die, die immer zu kurz kommen – allen voran Kinder und Familien“, heißt es im Programm – zu kurz kommen könnten aber eher kinderreiche Familien, weil die Linke das Ehegattensplitting abschaffen will.

Das Wahlprogramm ist bewusst klassenkämpferisch. Im Mittelpunkt steht die Umverteilung von „Oben“ nach „Unten“ sowie zwischen Mann und Frau, nicht der Ausgleich zwischen Familien und Nicht-Familien. Die Linke will die Rechte von Kindern im Grundgesetz verankern. Das Wahlrecht soll es allerdings erst ab 16 Jahren geben. Einen scharfen Familienblick auf Gesetze plant die Linke nicht. Sie will stattdessen alle neuen Gesetze auf ihre Auswirkung auf die Geschlechtergerechtigkeit hin untersuchen.

BSW:

Im Programm des BSW findet sich die Familien weiter hinten in einem recht knappen Absatz. „Das BSW will Deutschland zu einem kinder- und familienfreundlichen Land machen. Eine Familie zu gründen darf nicht länger ein Armutsrisiko sein. Wir wollen finanzielle Rahmenbedingungen schaffen und zu einer Kultur beitragen, in der Menschen sich gerne für Kinder entscheiden“, heißt es im Programm. Diesen Worten folgen nur wenige Maßnahmen, die auch die belastete Mitte der Familien mit mehreren Kindern erreichen. Immerhin: Gute Ideen gibt es für die häusliche Pflege und teilweise beim Mietwohnungsbau. Maßnahmen wie ein Familien-TÜV für Gesetze, die Familienbelange stärker in den Mittelpunkt der Gesetzgebung rücken, finden sich im Programm nicht. Auch ein Wahlrecht ab Geburt findet sich nicht im Programm.

Allerdings baut das BSW-Programm auch Feindbilder auf: „Wenn das Bürgergeld immer mehr zur Flüchtlingskasse wird, untergräbt das die Akzeptanz und schadet denjenigen, die es benötigen, etwa Alleinerziehende, denen ein Kita-Platz vorenthalten wird“ – diese Formulierung befeuert gesellschaftliche Spannungen.

AfD:

Im AfD-Programm wird der Familie ein eigenes Kapitel gewidmet, allerdings relativ weit hinten im mit knapp 180 Seiten umfangreichsten Wahlprogramm. Für die AfD ist die Familie, bestehend aus Vater, Mutter und Kindern, die Keimzelle der Gesellschaft, die gemäß Grundgesetz vom Staat geschützt und gefördert werden muss. Dabei fokussiert die AfD vor allem auf die intakte Familie. Aber auch Alleinerziehende, Stieffamilien bzw. Patchworkfamilien, Pflege- und Adoptivfamilien sollen unterstützt werden.

Familienpolitisch steht unter dem Titel „Familie und Demografie“ die Steigerung der Geburtenrate im Vordergrund. Die AfD will eine kinderfreundliche Gesellschaft als Staatsziel ins Grundgesetz aufnehmen. Verbindliche Instrumente zur Berücksichtigung von Familienbelangen wie ein Familien-TÜV findet sich nicht. Eine Herabsetzung des Wahlalters lehnt die AfD ab.